

Protokolleintrag vom 22.09.2010

2010/399

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 22.09.2010:

Ablehnung des Polizei- und Justizzentrums - Neunutzung des Güterbahnhofareals

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Chance statt Krise:

Am vergangenen Montag hat der Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hier in diesem Saal den Objektkredit für den Neubau eines Polizei- und Justizzentrums abgelehnt. Es ist der Regierung nicht gelungen, die Zweifel über die versprochenen Synergien, aber auch über die Wirtschaftlichkeit des Projektes auszuräumen.

Für das Güterbahnhofareal ergeben sich damit neue Möglichkeiten, die die Stadt Zürich unbedingt ergreifen muss. Schon Baudirektor Kägi hat am Montag ausgeführt, dass das Güterbahnhofareal von grösster städtebaulicher Bedeutung ist. Warum er genau dort einen selbstbezogenen Gefängnisbau realisieren wollte, der mit der städtischen Umgebung rein gar nichts zu tun hatte, bleibt sein Geheimnis. Die Grünen sehen für das Güterbahnhofareal Nutzungen für das Gewerbe, mit einem Schwerpunkt auf Betriebe der Kreativwirtschaft und preisgünstige Wohnungen. Damit kann einer der grossen Schwachpunkte der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES), die mehr Räume für die Kreativwirtschaft fordert, endlich mit einem planerischen Inhalt gefüllt werden.

Selbstverständlich muss der denkmalgeschützte Güterbahnhof erhalten bleiben, nachdem nun die Begründung für seinen Abriss, das Polizei- und Justizzentrum, dahin gefallen ist. Und es ist darauf zu achten, dass an der hoch belasteten Hohlstrasse möglichst verkehrsarme Nutzungen realisiert werden. Die Grüne Fraktion wird zu diesem Zweck heute eine Motion einreichen, die den Stadtrat beauftragt, unverzüglich die Planung aufzunehmen und für das Güterbahnhof-Areal beim Regierungsrat den Antrag auf eine Planungszone zu stellen. Nur so kann ermöglicht werden, dass in einem breit abgestützten Prozess gute Grundlagen geschaffen werden können.

Es ist nun an uns, diese einmalige Chance für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung zu nutzen.